

D3 Verbesserungen angehen & weiterfordern - Blick in den Koalitionsvertrag

Antragsteller*in: Linus Mach (CampusGrün Münster)
Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Der am 24. November vorgestellte Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die
2 Grünen und SPD will "Mehr Fortschritt wagen" und stellt im Bildungs- und
3 Hochschulbereich einige erfreuliche Ziele in Aussicht, von denen Studierende und
4 Hochschulen unmittelbar profitieren können. Wir begrüßen die angestrebten
5 Maßnahmen und Änderungen im Vertragstext und erhoffen uns eine rasche und
6 effiziente Umsetzung.

7 Soziale Absicherung & Unterstützung

8 Eine Reformierung des BAföG stellt einen lange notwendigen und wichtigen Schritt
9 dar, damit Studierende unkomplizierter auf ein stabiles finanzielles Fundament
10 bauen können. Die Erhöhung der Freibeträge sowie die Auszahlung eines
11 elternunabhängigen Garantiebetrags sind hierfür wichtige Schritte. In Verbindung
12 mit der Anhebung der Altersgrenze, einem leichteren Studienfachwechsel sowie
13 einer längeren Förderhöchstdauer kann das BAföG zumindest etwas mehr dem gerecht
14 werden, was Studierende als finanzielle Absicherung brauchen - denn das Studium
15 geht nicht immer nur geradeaus und beginnt nicht immer unmittelbar nach der
16 Schule. Ebenso begrüßen wir die angestrebte Anhebung der Bedarfssätze vor dem
17 Hintergrund steigender Wohn- und Lebenskosten, setzen hier aber auf eine
18 schnelle Umsetzung und auch kontinuierliche Anpassung, die den Lebensrealitäten
19 von Studierenden entspricht. Ebenso ist eine Vereinfachung und Digitalisierung
20 der BAföG-Beantragung überfällig und wir erhoffen uns von einer guten Umsetzung
21 eine Erleichterung und kürzere Wartezeiten für Antragsteller*innen.

22 Auf lange Sicht muss aber eine vollumfassende Reform des BAföG angestrebt
23 werden, die eine volle Ausfinanzierung des Studiums für alle gewährleistet - ein
24 zeit-, eltern- und altersunabhängiger Vollzuschuss kann finanzielle Hürden zur
25 Aufnahme eines Studiums nachhaltig abbauen.

26 Insbesondere die Covid-Pandemie zeigt, wie essentiell eine finanzielle
27 Grundsicherung für Studierende ist. Doch auch darüber hinaus wurde ersichtlich,
28 an welchen Stellen Studierende Unterstützung bedürfen: Im sozialen und
29 psychologischen Bereich erwarten wir über die von den Koalitionsparteien
30 gesetzten Zielen hinaus die Förderung eines adäquaten Beratungsangebot, damit
31 Studierenden egal in welcher Lebenslagen keine unnötigen Hürden in den Weg
32 gestellt werden.

33 Wohnen & Digitalisierung

34 Der Plan der Ampel-Koalition eines Bund-Länder-Programms für studentisches
35 Wohnen ist sehr erfreulich. Doch hier kommt es aus unserer Sicht auf eine
36 schnelle Umsetzung an, da Wohnraumangel und explodierende Mieten insbesondere
37 in den größeren Hochschulstandorten Realität sind und die Wohnungs- oder WG-

38 Suche zu oft erfolglos bleibt oder mit zu hohen finanziellen Belastungen
39 verbunden ist. Wohnen darf kein Privileg sein und muss durch entsprechende
40 Förderung vom Bund für Studierende bezahlbar gewährleistet werden!

41 Wir sind erfreut über das Bundesprogramm "Digitale Hochschule", dass digitale
42 Infrastrukturen ausbauen und innovative Lehre fördern soll. Die Pandemie und
43 eine damit verbundene Online-Lehre stieß zu oft an technische Grenzen, die die
44 Qualität der Lehre beeinträchtigte. Gleichzeitig ist der Ausbau der technischen
45 Möglichkeiten an Hochschulen langfristig erforderlich, da so etwa Studierenden
46 mit Kind, behinderte oder chronisch kranke Studierende eine flexiblere und
47 sichere Teilnahme an der Lehre geboten werden kann, was selbstverständlich sein
48 sollte, aber leider noch zu oft in der Realität scheitert.

49 **Forschung, Wissenschaft & Internationales**

50 Gute Lehre soll mit guter wissenschaftlicher Forschung an Hochschulen
51 einhergehen. Die angestrebte Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die
52 Reformierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sowie mehr Planbarkeit für
53 Post-Docs sind dafür wichtige Ansätze. Auch wenn die direkten Zuständigkeiten
54 zumeist bei den Landesregierungen liegen, dürfen die zumeist prekären
55 Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften (SHKs) nicht außer Acht
56 gelassen werden. Die tarifliche Absicherung von SHKs sollte daher auch von
57 Seiten der Bundesregierung unterstützt werden. Wir stellen uns hinter die
58 Forderungen von TVStud nach existenzsichernden Löhnen, Mindestvertragslaufzeiten
59 und der Einhaltung minimaler Arbeitnehmer*innenrechte für SHKs!

60 Wissenschaft, Forschung und Studium passieren global und international. Wir
61 hoffen daher, dass die Bundesregierung wie im Vertragstext angekündigt auch
62 international Position bezieht und für eine freie Wissenschaft und Lehre
63 einsteht, wenn diese etwa durch repressive Regierungen eingeschränkt und bedroht
64 werden.

65 Auslandserfahrung und Studieren an einem anderen Ort als der eigenen deutschen
66 Hochschule stellen eine wertvolle Erfahrung dar, die aufgrund hoher Kosten und
67 Zugangshürden einer umfassenden Unterstützung bedarf. Eine Stärkung von Erasmus+
68 begrüßen wir, doch aus dem Koalitionsvertrag bleibt unklar, wie dies geschehen
69 kann.

70 **Solide Ansätze, große Aufgaben**

71 Insgesamt beinhaltet der Koalitionsvertrag eine breite Palette an Zielen im
72 Hochschul- und Wissenschaftsbereich, die z.T. grundlegender struktureller
73 Veränderungen bedürfen, damit aber auch positive Ergebnisse und Erleichterungen
74 für Studierende vor Ort bringen können.

75 Campusgrün als Bundesverband möchte diesen Weg kritisch begleiten, bei
76 mangelnder Umsetzung nachhaken, aber auch positives wie negatives Feedback
77 einbringen. Dazu streben wir eine enge und gute Vernetzung mit den jeweiligen
78 Fachpolitiker*innen von Bündnis 90/Die Grünen an.

79 Das künftig durch die FDP besetzte Bildungsministerium hat in jedem Falle große
80 Aufgaben vor sich. Neoliberale Forderungen und Ansichten der FDP dürfen nicht

81 die bildungs- und wissenschaftspolitische Arbeit auf Bundesebene prägen. Es
82 kommt nun auf eine gute und zielgerichtete Umsetzung der Vorhaben an. Denn nur,
83 wenn hochschulpolitische Maßnahmen am Ende in den Hochschulen und bei uns
84 Studierenden ankommen, sind sie gut. Daran wird sich die zukünftige Bildungs-
85 und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung messen lassen müssen.

Begründung

Zur Bundesmitgliederversammlung ist angesichts des vorgestellten Koalitionsvertrages der Ampelparteien und der bald neuen Bundesregierungen ein kritischer Blick in die Inhalte des Vertrages wünschenswert. Der Antrag soll dazu als Diskussionsgrundlage dienen.

Die eigentliche inhaltliche Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Maret Speemann (CampusGrün Münster)